

Newsletter vom 11. November 2025

Themen

- 1 Die weiteren Ereignisse im Zusammenhang mit der Durchsuchung des Büros_____1
- 2 Überarbeitung der Briefvorlage «Versklavung» _____2

1 Die weiteren Ereignisse im Zusammenhang mit der Durchsuchung des Büros

Im Newsletter vom 21. August 2025¹ erklärte ich die Hintergründe zur Durchsuchung des Büros mit dem Versuch, alle elektronischen Daten zu beschlagnahmen.

Im Bericht über die Durchsuchung des Büros² vom 21. August 2025 schrieb ich, dass die Rechnung des Obergerichtes aus dem Strafbefehl wegen Rassismus im Januar 2025 zur Zahlung auslief, weshalb der Staatsanwalt nun die «Möglichkeit» hätte, mich sechs Tage einzusperren.

Kaum hatte ich das geschrieben, erhielt ich von der Zentralen Inkassostelle der Gerichte, datiert vom 26. August 2025, die Aufforderung, die Zahlung innert 20 Tagen zu vollziehen. Dazu ist zu ergänzen, dass ich am 22. August 2025, der Chefin Finanzen & Controlling, Nadja Lippuner, den Standardbrief³ mit der Übersicht⁴ zukommen liess.

Ob sie meinen Vorschlag umgesetzt hat, indem sie die Busse selbst bezahlte oder nicht, ist mir nicht bekannt. Es ist davon auszugehen, dass sie wie die Polizei-Zombies, die Busse nicht bezahlt hat und dafür in die weiteren horrenden Bedingungen in Form von Pönalien und Gebühren eingetreten ist. Dieses Verhalten ist lediglich die Hoffnung, dass die aufgedeckten Verbrechen nie von der Öffentlichkeit als solche erkannt werden.

Diese Ereignisse zeigen, dass meine Schriften von Babylon durchaus gelesen werden und hinter den Kulissen dementsprechend die Fäden gezogen werden.

Das veranlasste mich nun, nachdem die Inpflichtnahme der Funktionäre des Justizvollzug und Wiedereingliederung nicht funktionierte, neu die Direktoren der Justizanstalten des Kantons Zürich in die Pflicht zu nehmen.⁵ Darin legte ich keine neuen Bedingungen in Form von Pönalien und Gebühren fest, sondern auferlegte ihnen, ab dem 4. November 2025 keine neuen Inhaftierungen mehr vorzunehmen. Die vier Angeschriebenen lasen den Brief und konsultierten sogar die elektronische Version. Eine Woche später orientierte ich ihre Direktunterstellten⁶, in einem Kurzbrief mit dem entsprechenden Link. Von 30 Angeschriebenen interessierten sich maximal zwei für den Inhalt des Briefs, obschon sie davon direkt betroffen sind. Zudem ist auch davon auszugehen, dass die vier Direktoren ihre «Angestellten», besser ihre Mitglieder ihrer kriminellen Organisation, nie über den Inhalt ins Bild setzten; von einer Aufhebung der Neuinhaftierungen ganz zu schweigen. Alles muss getan werden, damit das bisherige Narrativ nicht ins Wanken gerät, koste es was es wolle.

¹ https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/newsletter_20250821.pdf

² https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/bericht_durchsuchung_buero.pdf

³ https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/vl_versklavung.pdf

⁴ https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/unsere_probleme_20250705.pdf

⁵ https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/justizvollzugsanstalten_20251023.pdf

⁶ https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/justizvollzugsanstalten_20251029_an_diverse.pdf

Alles weitere ist im Schreiben an die Justizanstalten erklärt:

https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/justizvollzugsanstalten_20251023.pdf

2 Überarbeitung der Briefvorlage «Versklavung»

Im Verlaufe der weiteren Arbeit entdeckte ich im Strafgesetzbuch (StGB) noch zwei Artikel, die sehr gut zum Aufgedeckten und der Verbreitung passen:

Art. 11 des StGB besagt, dass eine pflichtwidrige Verhinderung einer Gefährdung oder Verletzung eines strafrechtlich geschützten Rechtsgutes ebenfalls strafbar ist. Bei der thematisierten Privatisierung geht es sogar um mehrere geschützte Rechtsgüter. Deshalb ist jedermann verpflichtet, alle möglichen Massnahmen zu ergreifen, um sie zu verhindern.

Dann gibt es noch Art. 260quinquies StGB, Finanzierung des Terrorismus. Dieser Artikel besagt, wer ein Gewaltverbrechen finanziert, mit dem die Bevölkerung eingeschüchtert oder zu einem Tun oder Unterlassen genötigt werden soll, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft. Spätestens nachdem die illegale Privatisierung umgesetzt ist, dürfen deshalb keine Abgaben wie Steuern und Bussen etc. an diese als «Behörden» getarnten kriminellen Organisationen bezahlt werden. Dieser Strafrechtsartikel besteht erst seit dem 1. Oktober 2003.

In diesem Sinn wurde die Standardvorlage überarbeitet. Die Vorlage ist zwar etwas länger, erfüllt jedoch aufgrund meiner kurzen Erfahrung den Zweck, wenn auch noch nicht überall. Die Reaktion ist zwar lediglich so, dass einzelne keine weiteren Handlungen mehr getätigen, aber auch kein Rückzug und keine Bestätigung der Privatisierung erfolgt. Wenn Fristen mit Pönalien und Gebühren auferlegt werden, treten sie deswegen darauf ein.

Mit diesem Brief können alle, die ihn erhalten und die erforderlichen Massnahmen nicht in die Wege leiten, nachher dingfest gemacht werden.

Bei den Gerichten funktioniert das nicht, weil es bei den Richtern, aber nicht nur bei ihnen, ums nackte Überleben geht. Deshalb werden sie bis am Schluss, bis es gar nicht mehr geht, ihrer Ideologie treu bleiben.

Es ist wichtig, dass dieses Schreiben bei den Tätern weit verbreitet wird, denn auf diese Weise wird die Basis der Verwaltung nach und nach einknicken. Jene, die den Mut nicht aufbringen, dieses Schreiben in ihrem Namen zu verfassen, können es auch anonym, also ohne Absender, verschicken. Wichtig ist die Botschaft, weshalb es auch lose direkt übergeben werden kann. Wenn es als A-PLUS-Brief verschickt wird, haben Sie sogar die Kontrolle und den Beweis, dass er angekommen ist.

Die Vorlage ist wieder in den drei Formaten verfügbar:

- docx: https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/vl_versklavung.pdf
- odt: https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/vl_versklavung.odt
- pdf: https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/vl_versklavung.pdf